

„Das Land verlassen“

„Der III. Weg“: Nazigegner und Flüchtlingshelfer sollen ausreisen

WEISSENBURG – Die neonazistische Partei „Der III. Weg“, eine Nachfolgeorganisation des im Juli 2014 verbotenen „Freies Netz Süd“, hat vor Kurzem an Flüchtlingshelfer und Nazigegner in ganz Bayern, aber auch im Weißenburger Land auf dem Postweg eine Aufforderung versandt, das Land zu verlassen.

Auch zwei Sprechern des hiesigen Landkreisbündnis gegen Rechts, Hamit Bakir und Erkan Dinar, wurden entsprechende Postkarten an ihre Privatadressen zugestellt. „Außerdem erhielten fünf weitere gegen Rechtsradikalismus und in der Flüchtlingshilfe engagierte Personen aus Weißenburg Post von der Neonazi-Organisation“, heißt es in einem Presstext des Landkreisbündnis.

Mit den am 20. April, dem Geburtstag Adolf Hitlers, abgestempelten Postkarten hätten die Neonazis die Absicht, „auf perfide Weise gezielt und ganz persönlich Menschen einzuschüchtern, die sich entschieden gegen Rechtsradikalismus und Rassismus stellen sowie für humanistische Werte eintreten“, schreibt das Bündnis in ihrer Mitteilung weiter.

Wie überregional berichtet, gingen die gleichen Postkarten auch an Privatadressen weiterer Flüchtlingshelfer und Nazigegner in ganz Bayern. Der zugesandte Text, der im Wesentlichen einen „Gutschein“ zur Ausreise darstelle, zeige mit seinem „durch und durch menschenverachtenden, rassistischen und verhetzenden Charakter

überdeutlich, mit welcher Organisation die demokratische Zivilgesellschaft es hier zu tun“ habe, macht die Organisation deutlich.

Das Landkreisbündnis gegen Rechts als Zusammenschluss verschiedener Parteien, Gewerkschaften, Jugendverbände, Vereinigungen und engagierter Einzelner sieht die Aktivitäten von Neonazis auch in der hiesigen Region „immer aggressiver und radikaler“ werden. Im „Kampf um die Menschenwürde und die Demokratie“ werde es aber nicht nachlassen.

Ein Verbotsverfahren?

Außerdem unterstützt das örtliche Bündnis gegen Rechts die aus aktuellem Anlass erhobenen Forderungen nach einem Verbotsverfahren gegen den „III. Weg“ als Nachfolgeorganisation des „Freies Netz Süd“, das mit den „Freien Nationalisten Weißenburg“ auch einen lokalen Ableger unterhielt. „Der demokratische Rechtsstaat muss hier wehrhaft sein und solche SA-Methoden der Einschüchterung von couragierten Zivilpersonen scharf verfolgen“ fordert das Landkreisbündnis. Andernfalls stehe zu befürchten, dass eine weitere Radikalisierung von Neonazigruppierungen „auch bei uns zu konkreter Gewalt gegen Migranten, ihre Unterstützer in der Zivilgesellschaft und gegen Andersdenkende“ führe, heißt es in der Pressemitteilung.

Weitere Informationen unter www.wug-gegen-rechts.de.